

*Donsbach, Wolfgang; Wolling, Jens;*

*Blomberg, Constanze von:*

**Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem  
aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten**

**URN:** urn:nbn:de:gbv:ilm1-2015300015

---

*Retrodigitalisierung der gleichnamigen Druckausgabe:*

*Erschienen in:* Medien-Transformation : zehn Jahre dualer Rundfunk in  
Deutschland / Walter Hömberg ; Heinz Pürer [Hg.]. -  
Konstanz : UVK, 1996, S. 343-356.

(Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für  
Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ; 22)

ISBN (print): 3-89669-005-1

*Digitalisierung durch:* Universitätsbibliothek Ilmenau / ilmedia

*Digitalisierungsjahr:* 2015

Walter Hömberg/Heinz Pürer (Hg.)

# *Medien- Transformation*

Zehn Jahre dualer Rundfunk in Deutschland



UVK  
*Medien*

Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 26. bis 28. Mai 1994 in München zum Thema „Medien-Transformation“

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Medien-Transformation** : zehn Jahre dualer Rundfunk in Deutschland /  
Walter Hömberg ; Heinz Pürer (Hg.). – Konstanz : UVK Medien, 1996  
(Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und  
Kommunikationswissenschaft; Bd. 22)

ISBN 3-89669-005-1

NE: Hömberg, Walter [Hrsg.]; GT

ISBN 3-89669-005-1

(früher: ISBN 3-88295-233-4)

1. Auflage 1996

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Walter Hömberg

Univ.-Prof. Dr. Heinz Pürer

Satz: Suitbert Schönleber, Ingolstadt

Druck: Legoprint, Trento

© UVK Medien

Verlagsgesellschaft mbH

Tägermoosstraße 1

78462 Konstanz

Telefon: (0 75 31) 90 53-0

Telefax: (0 75 31) 90 53-98

Alle Rechte vorbehalten.

*Wolfgang Donsbach/Jens Wolling/Constanze von Blomberg*

## **Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten**

### **I. Theoretischer Hintergrund: Pressefreiheit und Pressevielfalt**

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Annahme, daß die Medien eine bedeutende Rolle bei der politischen Entscheidungsfindung der Bürger spielen. Aus dieser Rolle läßt sich die Notwendigkeit und Funktionalität publizistischer Vielfalt ableiten. Das Bundesverfassungsgericht hat im „Spiegel-Urteil“ die Bedeutung von Information (im weitesten Sinne des Wortes) für die politischen Entscheidungen des Bürgers hervorgehoben: „Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion im Gang, sie beschafft die Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung.“<sup>1</sup>

Eine wichtige Voraussetzung, um subjektiv die jeweils beste politische Entscheidung zu treffen, sind richtige Informationen und, in einer immer komplexer werdenden Welt, auch angemessene Bewertungen dieser Informationen. Demzufolge ist es für den einzelnen Bürger von zentraler Bedeutung, zuverlässige Informationen über die Wirklichkeit zu erhalten und größtmögliche Annäherung an die Wahrheit anzustreben, um seine Handlungen sowohl im privaten als auch im gesellschaftlichen Bereich daran zu orientieren. Da aber niemand ein Monopol auf die Wahrheit hat, ist es funktional, wenn möglichst viele nach der Wahrheit suchen und diese Vielfalt öffentlich präsent ist. Diese Annahme ist auch die Grundlage für philosophisch-demokratiethoretische Begründungen von Meinungs- und Pressefreiheit.<sup>2</sup> Publizistische Vielfalt ist daher zu Recht ein zentraler Wert in den Mediensystemen demokratischer Staaten.<sup>3</sup>

Dennoch ist der Begriff der publizistischen Vielfalt nicht unumstritten und Gegenstand anhaltender medienpolitischer Kontroversen. Diese Diskussionen behandeln den Vielfalt-Begriff vorwiegend auf zwei Ebenen, der strukturellen und der inhaltlichen.<sup>4</sup> Eine eher strukturelle Bedeutung erhält der Begriff, wendet man ihn auf die Breite des Medien- und Programmangebots an. In dieser Deutung kam der Begriff in der Bundesrepublik vor allem in der Diskussion um



die Durchsetzung des dualen Rundfunksystems zum Tragen.<sup>5</sup> Die inhaltliche Perspektive des Begriffs bezieht sich auf die Vielfalt der Darstellung von Ereignissen, Informationen und Stellungnahmen aus der Sicht unterschiedlicher fachlicher und weltanschaulicher Standorte und Interessenlagen. Eng verknüpft mit den Konzeptionen von struktureller und inhaltlicher Vielfalt ist die Unterscheidung in Außen- und Binnenpluralismus sowie die Überlegung, welche Strukturelemente des Mediensystems die publizistische Vielfalt am besten gewährleisten.

Publizistische Vielfalt läßt sich auf vier Ebenen des Mediensystems verwirklichen: (1) durch die publizistischen Aussagen in unterschiedlichen Medienarten eines Mediensystems, (2) durch die publizistischen Aussagen innerhalb eines Medientyps (also etwa innerhalb aller Tageszeitungen, aller Fernsehanbieter), (3) durch publizistische Aussagen innerhalb eines einzelnen Mediums und (4) durch Vielfalt innerhalb eines journalistischen Beitrags.<sup>6</sup> Die beiden ersten Konzeptionen, die Umsetzung der Vielfalt auf der Makro-Ebene und der Meso-Ebene, beschreiben ein außenpluralistisch organisiertes Mediensystem, in dem sich die Bereitstellung von Informationen aus unterschiedlichen Quellen und die Diversifikation der Meinungen durch die Vielzahl der zur Verfügung stehenden Organe ergibt. Die Zeitungen oder Sender in diesen Mediensystemen vertreten hier jeweils spezifische Meinungen und Standpunkte, so daß ein Wettbewerb der Meinungen („marketplace of ideas“)<sup>7</sup> entstehen kann. In einem solchen außenpluralistischen Mediensystem sind die Medienorgane gewissermaßen „Anwälte“ der von ihnen vertretenen Gruppen. Die dritte und vierte Form publizistischer Vielfalt beschreiben ein binnenpluralistisch organisiertes Mediensystem, in dem die Pluralität der Meinungen innerhalb jedes einzelnen Mediums angestrebt wird, somit also jedes Organ auf die Repräsentation eines möglichst breiten Meinungsspektrums abzielt.

Das amerikanische Mediensystem kann als Prototyp eines binnenpluralistischen Systems gelten. Auf das deutsche Mediensystem trifft insgesamt eher das Modell eines außenpluralistischen Systems zu. Bis zur Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland stand dem außenpluralistischen Pressesystem der binnenpluralistisch organisierte Rundfunk der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten gegenüber. Durch das heutige duale Rundfunksystem treffen in der elektronischen Medienlandschaft Deutschlands außen- und binnenpluralistische Organisationsstrukturen aufeinander.<sup>8</sup> Die binnenpluralistische Ausformung des amerikanischen und die eher außenpluralistische Organisation des deutschen Mediensystems sind auf die unterschiedliche historische Entwicklung der Gesellschaften und des Journalismus zurückzuführen.<sup>9</sup>

Da die öffentliche Diskussion in einem Staat zu einem wesentlichen Anteil durch das Handeln der politischen Parteien motiviert wird, müssen die Medien zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe gegenüber den Parteien des Landes eine besonders hohe Aufmerksamkeit zeigen. Als Maßstab für die Gewährleistung der publizistischen Vielfalt durch ein Organ oder ein Mediensystem gilt daher unter anderem die Repräsentation der politischen Parteien und ihrer Standpunkte.

Das amerikanische Zwei-Parteien-System führt, wie Patterson<sup>10</sup> zusammenfaßt, zu einer hohen Übereinstimmung der politischen Programme der Parteien: Beide vertreten in einer Reihe politischer Angelegenheiten die Standpunkte, mit der die vermeintliche Wählermehrheit zu gewinnen ist. Demgegenüber bietet sich in Mehrparteiensystemen, wie in den europäischen Ländern, ein sehr viel größerer Spielraum für klar umrissene Parteiprogramme und für eine Abgrenzung der einzelnen Parteien gegenüber ihren politischen Konkurrenten an.

Seymour-Ure prägte den Begriff der „Presse-Parteien-Parallelität“. Eine große Parallelität zwischen Presse und Parteien liegt dann vor, wenn Medienorgane organisatorisch oder programmatisch eng an eine Partei gebunden sind. Als Beispiel für eine geringe Presse-Parteien-Parallelität führt Seymour-Ure die USA an, wo sich erstens die beiden Parteien nicht durch eine jeweils klare Programmatik abgrenzen und zweitens die Medien zu einer eher neutralen Berichterstattung neigen. Als Beispiel für eine große Presse-Parteien-Parallelität nennt er die europäischen Länder.<sup>11</sup>

## II. Internationale Journalistenbefragung: Anlage und Durchführung

Die Verwirklichung publizistischer Vielfalt kann nur durch Inhaltsanalysen der journalistischen Produkte überprüft werden.<sup>12</sup> Daneben ist es aber auch bedeutsam zu ermitteln, wie die Journalisten als Hauptakteure im Mediensystem die Gewährleistung publizistischer Vielfalt einschätzen. Der Frage nach der Einschätzung publizistischer Vielfalt aus der Sicht von Journalisten und ihren Bestimmungsgründen wollen wir im folgenden nachgehen. Wir stützen uns dabei auf Ergebnisse des internationalen Projekts „Media and Democracy“, das unter der Leitung des erstgenannten Autors und von Thomas E. Patterson (Syracuse University) steht.

Das genannte Projekt ist eine internationale Studie zur Rolle von Journalisten und Massenmedien in der Demokratie. Kern der Studie ist eine vergleichende Befragung von Nachrichtenjournalisten in fünf Ländern: USA, Deutschland, Großbritannien, Italien und Schweden. Im Rahmen der vorliegenden Studie

wird die Auswertung auf die Ergebnisse der amerikanischen und deutschen Umfragen beschränkt.

Die Stichprobenbildung war zweifach geschichtet. Die erste Schichtung betraf das Medium. Die Hälfte der Befragungen wurde mit Tageszeitungsjournalisten, 35 Prozent mit Fernseh- und 15 Prozent mit Hörfunkjournalisten durchgeführt. Die zweite Schichtung betraf die nationale Bedeutung des Mediums. Jeweils die Hälfte der Befragten in jedem Land arbeiteten bei Medien mit nationaler Bedeutung (z.B. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „New York Times“) bzw. regionaler Bedeutung (z.B. „Mainzer Allgemeine Zeitung“, „Syracuse Herald“). Die Themen des Fragebogens umfaßten mehrere Bereiche der Beziehung zwischen Massenmedien und Politik. Sie reichten von Fragen zur redaktionellen Struktur und Kontrolle über Fragen zum Selbstverständnis, zu Berufsnormen und zur Bewertung von Medien bis hin zur Simulation von Nachrichtenentscheidungen.

Die Fragebogen für die amerikanischen Journalisten wurden um die Jahreswende 1990/91, die für die deutschen Journalisten zu Jahresbeginn 1991 versandt. Nach einem Mahnverfahren lag die Rücklaufquote für Deutschland bei über 50 Prozent ( $n=338$ ), für die USA leicht darunter ( $n=278$ ). Die hier vorgestellten Auswertungen beruhen auf einem gewichteten Datensatz. Durch die Gewichtung wurde unter anderem erreicht, daß für beide Länder die gleiche Zahl von 300 Interviews für die Analyse zur Verfügung stehen.

Die nachfolgenden Analysen stützen sich im wesentlichen auf folgende Variablen: Die Befragten wurden gebeten, die redaktionellen Linien der wichtigsten nationalen Nachrichtenmedien ihres Landes auf einer Sieben-Punkte-Skala von links (1) bis rechts (7) einzustufen. Mit dem gleichen Verfahren stuften sie auch ihre eigene politische Position, die politischen Parteien und das Medium ein, bei dem sie selbst arbeiten. Bei letzterem wurden sie gebeten, zwischen der redaktionellen Linie in der Nachrichtengebung und der Kommentarlínie zu unterscheiden.<sup>13</sup> Eine weitere Frage im Zusammenhang mit der politischen Repräsentation bat die Journalisten anzugeben, wie umfassend die Ansichten verschiedener Gruppen in der Berichterstattung über Politik und Zeitgeschehen ihrer Zeitung/ihrer Senders repräsentiert sind.

### III. Ergebnisse

Die Analyse gliedert sich in drei Hauptteile. Im ersten Teil stellen wir dar, wie die amerikanischen und deutschen Journalisten die Parteien und Medien im politischen Spektrum positionieren. Im zweiten Teil analysieren wir, inwieweit

in der Berichterstattung einzelner Medien die Berücksichtigung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen an die redaktionelle Linie angepaßt wird. Im dritten Teil werden wir uns mit der politischen Orientierung der Journalisten selbst befassen. Die Journalisten haben damit für uns in dieser Analyse zwei Funktionen: Sie sind in den ersten beiden Abschnitten Experten für die Beurteilung der Pluralität der Medieninhalte. Im dritten Abschnitt verwenden wir ihre Angaben als Indikatoren für diese Pluralität.

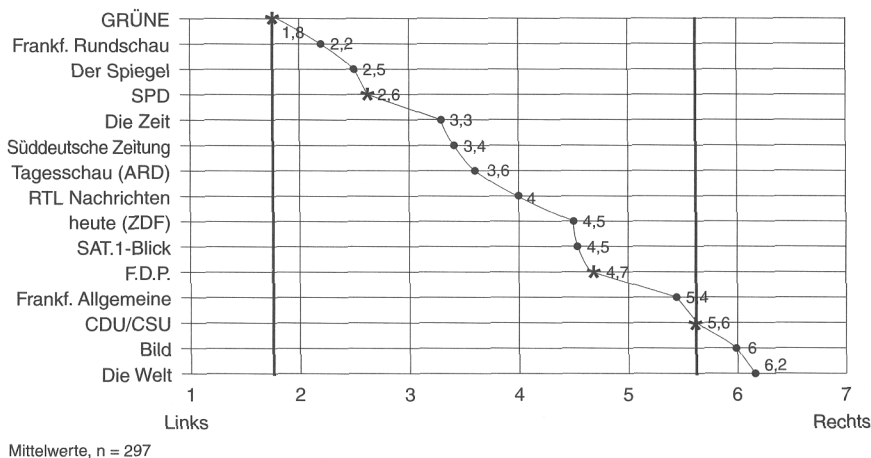
### Struktur des Medien- und Parteienspektrums

In einem ersten Analyseschritt haben wir untersucht, wie Journalisten das publizistische Spektrum und die Parteienlandschaft einschätzen. Hierfür haben wir die Mittelwerte der jeweiligen Einstufungen der Medien und Parteien auf den oben erwähnten Links-Rechts-Skalen berechnet. Entsprechend früherer Untersuchungsergebnisse<sup>14</sup> verteilen sich in Deutschland die vier überregionalen Qualitätszeitungen „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Welt“ ähnlich den Parteien relativ gleichmäßig auf der Skala und bilden damit ein publizistisches Spektrum von ausgeprägt links, gemäßigt links, gemäßigt konservativ und ausgeprägt rechts. Sämtliche Nachrichtensendungen des privaten und des öffentlich-rechtlichen Fernsehens werden von den Journalisten nahe der politischen Mitte eingeordnet. In der Positionierung der öffentlich-rechtlichen Sender in der politischen Mitte spiegelt sich deren Auftrag, möglichst ausgewogen zu berichten. Daß auch die privaten Sender in der Mitte angesiedelt sind, dürfte hingegen ökonomische Ursachen haben. Die privaten Sender müssen sich bemühen, ein möglichst breites Publikum anzusprechen, um ihren Markterfolg zu optimieren. Deswegen orientieren sie sich an dem größten Marktsegment, das sich in der politischen Mitte befindet (Schaubild 1).

Man kann davon ausgehen, daß die Journalisten bei der Einordnung der Medien und Parteien valide Einschätzungen abgegeben haben und man daher von Expertenurteilen sprechen kann. Dies läßt sich auch daran ablesen, daß die Standardabweichungen in allen Fällen relativ klein sind. Am umstrittensten zwischen den Angehörigen der drei Mediensubsysteme ist noch die Positionierung der beiden privaten Fernsehsender SAT.1 und RTL. Während die Journalisten aus dem Bereich des privaten Rundfunks die Nachrichtensendungen von RTL mit 3,5 links von der Mitte einstufen, sehen die Zeitungsjournalisten (4,0) und die Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (4,2) diesen Sender weiter rechts. Ähnlich umstritten ist auch die politische Einordnung der SAT.1-Nachrichten. Hier sind es allerdings die Zeitungsjournalisten, die den Sender

*Links-Rechts-Einstufung der Medien und Parteien  
in Deutschland*

Schaubild 1



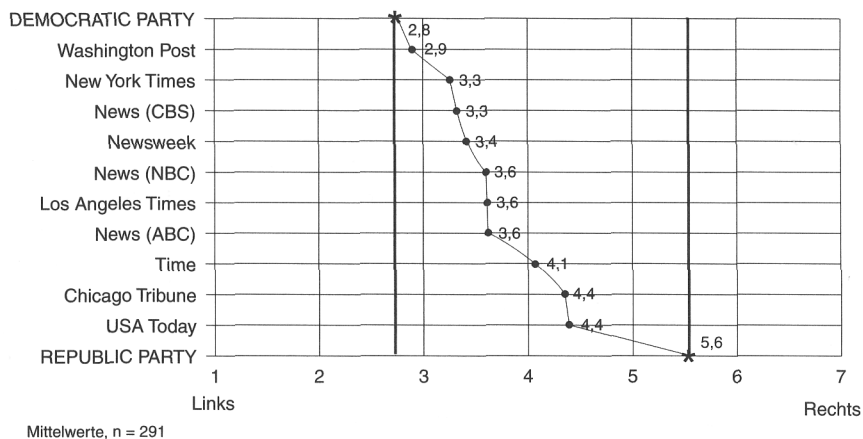
weiter links einstufen (4,3) als die Angehörigen der privaten Sender (4,8) und der öffentlich-rechtlichen Programme (4,7).

Es zeigt sich also für Deutschland, daß für die Breite des Medienspektrums und die Parallelität von Medien- und Parteienspektrum nicht die elektronischen, sondern die Tageszeitungen verantwortlich sind. Im Hinblick auf eine außenpluralistische Vielfalt in politischer Hinsicht leisten die beiden großen Privatsender keinen Beitrag. Während sich also in Deutschland die Medien breit über das politische Spektrum verteilen und das Mediensystem auf einer Seite sogar über das Parteienspektrum hinausreicht, bilden nach Einschätzung amerikanischer Journalisten die beiden politischen Parteien, die Demokraten (2,8) und die Republikaner (5,6), die Extrempunkte des Gesamtspektrums. Zwischen diesen beiden Endpunkten erstreckt sich das wesentlich schmalere Spektrum der amerikanischen Nachrichtenmedien. In der Bundesrepublik lagen zwischen der am weitesten rechts und der am weitesten links eingeordneten Zeitung fast vier Skalenpunkte. In den USA sind es nur eineinhalb Punkte (Schaubild 2).

Dieser wahrgenommene Abstand zwischen den beiden Parteien ist schwer vereinbar mit der These, daß ein Zwei-Parteien-System wie in den USA geradezu zwangsläufig zu einer hohen Übereinstimmung der Parteiprogramme führen muß.<sup>15</sup> Zumindest werden die politischen Positionen der Parteien von den Jour-

# Links-Rechts-Einstufung der Medien und Parteien in den USA

Schaubild 2



nalisten als extrem gegensätzlich wahrgenommen. Eine der Ursachen für diese Einschätzung ist sicherlich die Tatsache, daß solche Links-Rechts-Einstufungen im Kontext des jeweiligen politischen Systems vorgenommen werden. Diese Systeme differieren – wie oben dargestellt – zwischen verschiedenen Ländern. Insofern ist auf der Grundlage dieser Daten nur auf nationaler Ebene der Vergleich einzelner Einstufungen möglich. Auf internationaler Ebene sind hingegen nur Strukturvergleiche methodisch sinnvoll. Die Ergebnisse veranschaulichen die geringe Parallelität von Presse und Parteien in den Vereinigten Staaten. Das deutsche Pressesystem hingegen verhält sich nach Auffassung der Journalisten gegenüber dem Mehrparteiensystem relativ parallel; die „Anwaltschaft“ der überregionalen Zeitungen für die politischen Positionen der vier Parteien drückt sich durch die vergleichbaren Standorte im politischen Spektrum aus.

Anhand der gleichen Links-Rechts-Skala haben die Journalisten auch die politische Ausrichtung ihres eigenen Mediums hinsichtlich der Nachrichtenberichterstattung und der Kommentarlíne eingeschätzt. Im Durchschnitt ordnen die deutschen Journalisten die Tendenz des Mediums, für das sie selbst arbeiten, sowohl hinsichtlich der Nachrichtengebung (3,9) als auch hinsichtlich der Kommentarlíne (4,2) ziemlich genau in die politische Mitte ein. Erwartungsgemäß variiert die Kommentarlíne zwischen den Medien stärker ( $SE=1,1$ ) als die Tendenz der Nachrichtengebung ( $SE=0,7$ ). Ähnlich wie die deutschen

urteilen auch die amerikanischen Journalisten (Nachrichtenlinie: 3,9, Kommentarl Linie: 4,0). Allerdings variiert die Kommentarl Linie zwischen den Medien noch etwas stärker als in Deutschland ( $SE=1,2$ ). Das überrascht, weil die amerikanischen Journalisten das Medienspektrum ihres Landes – im Gegensatz zu den deutschen Journalisten – als sehr schmal beschrieben haben. Dieser Befund deutet darauf hin, daß sich die amerikanischen Journalisten bei der politischen Einordnung der Medien stärker an der Nachrichtengebung als an der Kommentarl Linie orientierten.

Bei den deutschen Journalisten gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Einschätzung des eigenen Mediums hinsichtlich der Nachrichtenlinie und der politischen Selbsteinschätzung der Befragten ( $r=.19$ ). Bei den US-Journalisten besteht dagegen kein solcher Zusammenhang ( $r=.03$ ). Deutsche Journalisten arbeiten demzufolge eher für solche Medien, deren politische Ausrichtung der eigenen Position entspricht. Dies gilt vor allem für die überregionalen Tageszeitungen ( $r=.50$ ), in geringerem Maße auch für Regionalzeitungen ( $r=.32$ ). Bei den regionalen ( $r=.03$ ) und überregionalen ( $r=.01$ ) Funkmedien ist ein solcher Zusammenhang nicht festzustellen. Dies verdeckt jedoch Unterschiede, die zwischen den beiden Systemen der Funkmedien bestehen. Bei den privatwirtschaftlichen Funkmedien ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von  $r=.37$ , bei den öffentlich-rechtlichen hingegen von  $r=-.08$ . Die privaten Rundfunksender gleichen in dieser Hinsicht also auf den ersten Blick eher den ebenfalls privatwirtschaftlich organisierten Tageszeitungen. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten demgegenüber mehr Journalisten, die zwischen ihrem eigenen politischen Standort und dem des Senders eine größere Kluft sehen. Hintergrund hierfür ist die Tatsache, daß die Bandbreite der politischen Selbsteinstufungen nach links und rechts bei den Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Sendern größer ist als beispielsweise bei den privaten Sendern. Dies zeigt sich an der größeren Standardabweichung bei der Selbsteinstufung. Inwieweit hier der Parteien-Proporz im Rundfunk eine Rolle spielt, kann mit den Daten nicht geklärt werden.

### **Synchronisation zwischen redaktioneller Linie und Gruppenrepräsentation**

Interne Vielfalt läßt sich unter anderem daran messen, ob ein Medium seine Berichterstattung an die Kommentarl Linie anpaßt und damit indirekt die Kommentare durch eine gezielte Auswahl von Informationen legitimiert.<sup>16</sup> Die in der Methodenbeschreibung erwähnte Frage nach der Repräsentation von Interessengruppen in der Berichterstattung des eigenen Mediums bot die Möglichkeit, diese Hypothese zu überprüfen. Der Fragebogen listete verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Organisationen auf wie etwa „die arbeitende Bevölke-

runge“, „große Anzeigenkunden“, „die Großindustrie“, „Gewerkschaften“ und die wichtigsten Parteien. Auf einer dreistufigen Skala sollten die Journalisten angeben, ob die verschiedenen Gruppen „sehr“ (2), „etwas“ (1) oder „nicht“ (0) in der Berichterstattung ihres Mediums berücksichtigt werden. Im folgenden prüfen wir, wie sich die von den Journalisten wahrgenommene Kommentarlösie ihres Mediums in der wahrgenommenen Repräsentanz dieser Interessengruppen niederschlägt.

Nach Einschätzung der deutschen Journalisten trifft diese Synchronisation für eine Reihe von Gruppen zu. Je rechter die Journalisten die Kommentarlösie ihres Mediums einschätzen, desto mehr werden beispielsweise die Positionen der CDU/CSU und der Anzeigenkunden in der Berichterstattung berücksichtigt. Umgekehrt werden zum Beispiel die Ansichten der Umweltgruppen, der Grünen und der Intellektuellen in rechten Medien in geringerem Umfang publiziert als in linken Medien. Insgesamt ergeben sich für den deutschen Journalismus sechs signifikante Korrelationen (von 15 möglichen) zwischen redaktioneller Tendenz und Gruppen-Repräsentation (Tabelle 1). Vereinfacht kann man die Befunde so zusammenfassen, daß die rechten Medien die konservativen und etablierten Interessengruppen bevorzugen, während die linken Medien den Ansichten der progressiven Gruppen und der kleinen Leute Gehör verschaffen. Es zeigt sich also deutlich, daß die politische Tendenz eines Mediums Einfluß auf die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Interessengruppen hat. Die unterschiedliche Beachtung der verschiedenen Interessen kann geradezu als Ausdruck der politischen Tendenz des Mediums angesehen werden.

Ein anderes Bild zeigt sich für die USA. Hier korreliert die Repräsentation von Gruppeninteressen nur in einem einzigen Fall (von 14 möglichen) mit der redaktionellen Tendenz. Die „Intellektuellen“ sind die einzige gesellschaftliche Gruppe, deren Ansichten in rechten und linken Medien nach Einschätzung der Journalisten unterschiedlich beachtet werden. Wie in der Bundesrepublik sind es die linken Medien, die den Intellektuellen mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Darstellung der Standpunkte aller anderer Gruppen ist unabhängig von der Kommentarlösie der Zeitungen.

### **Politische Repräsentation in den Einstellungen der Journalisten**

Auch die Frage, welche politischen Positionen die Journalisten selbst vertreten, kann als Indikator für publizistische Vielfalt interpretiert werden. Hintergrund für diese Annahme ist die Erkenntnis, daß die subjektiven Ansichten der Journalisten in einem erheblichen Umfang Einfluß auf die Gestaltung der Medieninhalte haben.<sup>17</sup> Die politischen Einstellungen der Journalisten wurden



*Die Repräsentation von Interessengruppen**Tabelle 1*

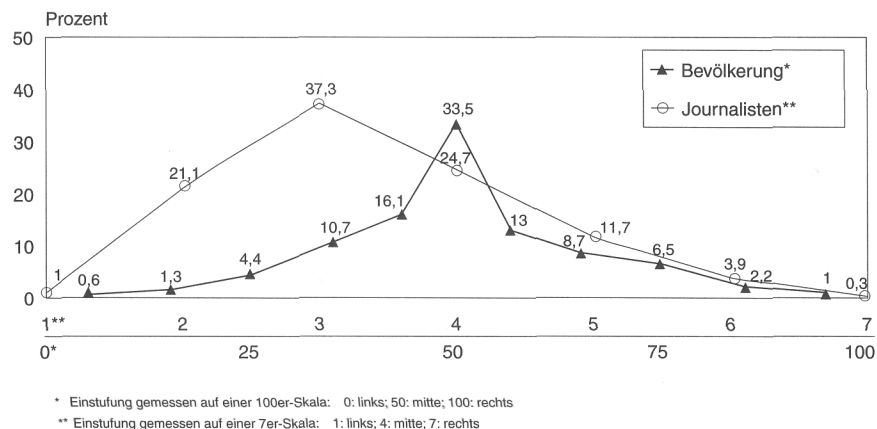
<i>Interessengruppen</i>	Bundesrepublik		Vereinigte Staaten	
	Mittelwerte	Korrelationen mit der Kommentarlinie	Mittelwerte	Korrelationen mit der Kommentarlinie
Führende Politiker	1,64	.11	1,72	-.09
CDU/CSU	1,44	**-.22		
SPD	1,38	-.01		
DEMOCRATIC PARTY			1,37	-.06
REPUBLIC PARTY			1,37	.00
Die Gewerkschaften	1,25	-.12	0,96	-.10
Große Anzeigenkunden	0,39	*.18	0,58	.07
Die Reichen	0,50	.13	0,91	.04
Die Großindustrie	0,86	.12	1,15	.07
Das Militär	0,87	.11	1,24	.05
Die Bürokraten	0,56	.07	1,25	-.05
Die Kirchen	1,06	.14	0,89	-.06
Umweltorganisationen	1,17	**-.30	1,30	-.14
DIE GRÜNEN	1,03	**-.22		
Intellektuelle	1,02	*-.17	1,04	**-.21
Verbrauchergruppen	1,24	**-.22	1,31	-.09
Arbeitende Bevölkerung	1,20	-.08	1,19	-.03

mit zwei Fragen erfaßt: der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Spektrum und der Nähe zu den politischen Parteien.

Sowohl die deutschen (3,4) als auch die amerikanischen Journalisten (3,3) ordnen sich in der Mehrheit eindeutig links von der Mitte ein. Auch die Verteilung ist in beiden Ländern nahezu gleich ( $SE=1,1$ ). Die meisten Journalisten unterscheiden sich damit deutlich von der redaktionellen Linie ihrer Zeitungen und auch von der politischen Orientierung ihres Publikums. Die deutschen Journalisten sehen sich im Durchschnitt 0,8 Skaleneinheiten links von der Kommentarlinaie ihrer Zeitung und 0,9 Skaleneinheiten links von ihrem Publi-

*Selbsteinschätzung im politischen Links-Rechts-Spektrum**Schaubild 3*

Vergleich Bevölkerung und Journalisten in Deutschland



Quelle: \* Allensbacher Archiv, IfD Untersuchung 5076 (1993)

\*\* Internationale Journalistenumfrage 1991

kum. Bei den amerikanischen Journalisten ist der Unterschied zwischen Selbsteinschätzung und Beurteilung der Kommentarlíne des eigenen Blattes etwas geringer (0,7 Skalenpunkte), dafür die wahrgenommene Distanz zum Publikum etwas größer (1,1 Skalenpunkte). Dieser wahrgenommenen politischen Distanz zum eigenen Publikum entspricht der tatsächliche Unterschied zwischen der politischen Selbsteinschätzung der Bevölkerung und der nach links verschobenen Selbsteinstufung der Journalisten (Schaubild 3).<sup>18</sup>

Auch bei der Parteineigung weichen die Journalisten von der Bevölkerung ab. Von denjenigen, die eine konkrete Angabe darüber machten, welcher Partei sie am nächsten stehen, nannten 44 Prozent die SPD, 24 Prozent die CDU, 19 Prozent die FDP und 13 Prozent die Grünen. Beim Vergleich mit den Ergebnissen der Bundestagswahl von 1990 zeigt sich, daß die CDU/CSU unter den Journalisten nur etwa halb so viele Anhänger hat wie in der Gesamtbevölkerung, die SPD dafür um 11 Prozentpunkte mehr Anhänger. Auch die kleinen Parteien, FDP und die Grünen, finden bei Journalisten deutlich mehr Anklang als in der Bevölkerung. Die amerikanischen Journalisten unterscheiden sich ebenfalls in ihren Parteipräferenzen deutlich von der Gesamtbevölkerung. Mehr als drei Viertel der Befragten (77 Prozent) bezeichnen sich als Anhänger der Demokraten, nur 21 Prozent als Anhänger der Republikaner, während bei den letzten

Wahlen 1992 die Stimmanteile für die beiden Parteien nahezu gleich waren (Demokraten 52 Prozent, Republikaner 48 Prozent).

#### IV. Zusammenfassung und Fazit

Die wichtigsten Befunde lassen sich in folgenden fünf Aussagen zusammenfassen:

- 1) Die großen überregionalen Medien der Bundesrepublik, insbesondere die überregionalen Qualitätszeitungen, verteilen sich relativ breit über das politische Links-Rechts-Spektrum, während die amerikanischen Medien von den US-Journalisten alle in einem sehr engen Spektrum nahe der politischen Mitte positioniert werden. Dieses Spektrum liegt in den USA *innerhalb* des Parteienspektrums.
- 2) Im Hinblick auf den Zusammenhang von politischer Selbsteinschätzung und Nachrichtenlinie unterscheiden sich amerikanische und deutsche Journalisten: Deutsche Journalisten arbeiten verstärkt bei solchen Medien des privaten Sektors, deren Nachrichtenlinie mit der eigenen politischen Auffassung übereinstimmt. Solche Zusammenhänge gibt es bei den amerikanischen Journalisten nicht.
- 3) Deutliche Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Synchronisation von redaktioneller Linie und der Repräsentation von Interessengruppen in den Medieninhalten. Aus der Sicht deutscher Journalisten besteht bei einer Reihe von Gruppen ein deutlicher Zusammenhang zwischen der politischen Ausrichtung des eigenen Blattes und der publizistischen Berücksichtigung der Positionen dieser Gruppen. Im amerikanischen Journalismus bestehen solche Zusammenhänge – mit einer Ausnahme – nicht.
- 4) Sowohl deutsche als auch amerikanische Journalisten ordnen sich selbst überwiegend in der linken Hälfte des politischen Spektrums ein und fühlen sich den linken Parteien stärker verbunden als den rechten Parteien ihres Landes. Die Journalisten unterscheiden sich in ihrer politischen Einstellung deutlich von der Nachrichtenlinie ihres Mediums, der politischen Einstellung ihres Publikums sowie der Bevölkerung ihres Landes allgemein.

Insgesamt zeichnet sich das deutsche Mediensystem durch eine stärkere Politisierung und Ideologisierung aus als das amerikanische. Diese Politisierung hat zur Folge, daß sich die einzelnen Medien in ihrer politischen Ausrichtung deutlicher voneinander unterscheiden. Im deutschen Mediensystem kommt somit eher ein außenpluralistisches Modell zum Tragen, während im amerikanischen System eine solche politische Ausrichtung einzelner Medien nicht

festzustellen ist. In den US-Medien ist daher die Chance größer, daß publizistische Vielfalt bereits innerhalb der einzelnen Nachrichtenmedien gewährleistet wird.

Die stärkere Politisierung der deutschen Medien kann zur Folge haben, daß innerhalb eines Mediums die Vielfalt von Meinungen und Positionen nicht unbedingt in vollem Maße gewährleistet wird, denn die politische Tendenz eines Mediums hat Auswirkungen auf die Repräsentation wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Da deutsche Journalisten zudem häufiger in Medien arbeiten, deren politische Ausrichtung ihrem eigenen Standpunkt entsprechen, können auf diese Weise politisch homogene Redaktionen entstehen, was ebenfalls negative Folgen für die Vielfalt der Berichterstattung hätte. Diese Faktoren sind als potentielle und tatsächliche Beeinträchtigungen des Binnenpluralismus anzusehen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß die genannten Zusammenhänge sich zwar konsistent nachweisen lassen, daß sie aber nicht sehr ausgeprägt sind und von daher auch nicht überinterpretiert werden sollten. Von einer akuten Gefährdung publizistischer Vielfalt in der Bundesrepublik kann man auf Grund dieser Ergebnisse nicht sprechen.

## Anmerkungen

- 1) BVerfGE 20, 174 f.
- 2) Vgl. Jürgen Wilke: Einleitung. In ders (Hg.): Pressefreiheit. Darmstadt 1984, S. 1–55; Günther Rager/Bernd Weber: Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Eine Einführung. In dies. (Hg.): Publizistische Vielfalt zwischen Markt und Politik. Mehr Medien – mehr Inhalte? Düsseldorf 1992, S. 7–26.
- 3) Vgl. Franz Ronneberger: Kommunikationspolitik. Bd. 1: Institutionen, Prozesse, Ziele. Mainz 1978, S. 224–233.
- 4) Vgl. Heribert Schatz/Winfried Schulz: Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem. In: Media Perspektiven, Jg. 1992, H. 11, S. 690–712.
- 5) Vgl. Wolfgang Donsbach/Danièle Dupré: Mehr Vielfalt oder „more of the same“ durch mehr Kanäle? Möglichkeiten zum Unterhaltungsslalom im deutschen Fernsehen zwischen 1983 und 1991. In: Louis Bosshart/Wolfgang Hoffmann-Riem (Hg.): Medienlust und Mediennutz. Unterhaltung als öffentliche Kommunikation. München 1994 (= Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 20), S. 229–247.
- 6) Vgl. Ronneberger: a.a.O., S. 224.
- 7) Vgl. Richard A. Schwarzlose: The Marketplace of Ideas: A Measure of Free Expression. In: Journalism Monographs, Nr. 118, 1989.
- 8) Vgl. Udo Branahl: Publizistische Vielfalt als Rechtsgebot. In: Rager/Weber (Hg.): a.a.O., S. 85–109.

- 9) Vgl. Michael Schudson: *Discovering the News*. New York 1978; Jürgen Wilke: *Spion des Publikums, Sittenrichter und Advokat der Menschheit: Wilhelm Ludwig Wekhrlin (1739–1792) und die Entwicklung des Journalismus in Deutschland*. In: *Publizistik*, 38. Jg. 1993, H. 3, S. 322–334.
- 10) Siehe Thomas E. Patterson: *The American Democracy*. New York 1990; ders.: *Out of Order. How the Decline of the Political Parties and the News Media Undermine the American Way of Electing Presidents*. New York 1993.
- 11) Siehe Colin Seymour-Ure: *The Political Impact of Mass Media*. Beverly Hills 1974, S. 156 ff.
- 12) Vgl. hierzu als Überblick Runar Woldt: *Probleme der Messung von Vielfalt*. In: Rager/Weber (Hg.): a.a.O., S. 186–211.
- 13) Zur Validität der Links-Rechts-Skala als Indikator für die Einschätzung politischer Positionen siehe: Dieter Fuchs/Steffen M. Kühnel: *Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation*. In: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen 1990, S. 217–252; Suraj Kapoor/Jong G. Kang: *Political Diversity is Alive among Publishers and Opinion Page Editors*. In: *Journalism Quarterly*, 70. Jg. 1993, H. 2, S. 404–411.
- 14) Vgl. Klaus Schönbach: *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines publizistischen Qualitätskriteriums*. Freiburg/Breisgau, München 1977; Hans Mathias Kepplinger: *Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine*. Freiburg/Breisgau, München 1985; Hans Georg Stolz: *Die redaktionellen Linien ausgewählter Publikumsorgane*. Magisterarbeit Mainz 1987.
- 15) Vgl. Patterson: *The American Democracy*, a.a.O., S. 248.
- 16) Vgl. Schönbach: a.a.O.; Hans Mathias Kepplinger: *Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte*. In Zusammenarbeit mit Hans-Bernd Brosius, Joachim Friedrich Staab und Günter Linke. In: Max Kaase/Winfried Schulz (Hg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen 1989 (= Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 30), S. 199–220.
- 17) Vgl. z.B. Kepplinger, 1989: a.a.O.; Wolfgang Donsbach: *Journalismus versus journalism – ein Vergleich zum Verhältnis von Medien und Politik in Deutschland und in den USA*. In: Wolfgang Donsbach/Otfried Jarren/Hans Mathias Kepplinger/Barbara Pfetsch: *Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Fallstudien und Analysen*. Gütersloh 1993, S. 283–315.
- 18) Allensbacher Archiv: IfD Untersuchung 5076, 1993. Die Links-Rechts-Selbsteinstufung der Bevölkerung wurde mit Hilfe einer Skala von 0 (links) bis 100 (rechts) erhoben.